

## **A9 Frauen müssen selbst über ihren Körper entscheiden dürfen**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 16.09.2024  
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Wenn eine Frau sich entscheidet, eine Schwangerschaft abubrechen, ist dies nach  
2 wie vor illegal und nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Wir GRÜNE  
3 Bayern sind überzeugt: Jede Frau muss das Recht haben, diese Entscheidung selbst  
4 zu treffen, ohne als Straftäterin abgestempelt zu werden. Wir GRÜNE Bayern  
5 unterstützen deshalb die Abschaffung des Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch.

6 Die Bundesregierung hat eine Kommission aus unabhängigen Expert\*innen damit  
7 beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie die rechtliche Regelung von  
8 Schwangerschaftsabbrüchen in Zukunft aussehen kann. Im April 2024 hat diese  
9 Kommission die einstimmige Empfehlung abgegeben, dass Schwangerschaftsabbrüche  
10 in der Frühphase der Schwangerschaft, also den ersten 12 Wochen, rechtmäßig sein  
11 sollten. Außerdem gesteht die Kommission dem Gesetzgeber zu, auch für Abbrüche  
12 in der mittleren Phase der Schwangerschaft eine Regelung zu schaffen. Außerdem  
13 sollten wie bisher Ausnahmeregelungen in der gesamten Schwangerschaft vorgesehen  
14 sein, zum Beispiel bei einer Gesundheitsgefahr für die Schwangeren. Nun liegt es  
15 an der Politik, die nötigen rechtlichen Schritte einzuleiten.

16 Wir GRÜNE stellen uns seit jeher gegen die Kriminalisierung von Menschen, die  
17 einen Schwangerschaftsabbruch brauchen, sowie von Ärzt\*innen, die Abbrüche  
18 durchführen und darüber informieren. Die Streichung des Paragraphen 218 aus dem  
19 Strafgesetzbuch ist eine fundamentale Forderung der Frauenbewegungen. Der  
20 Bericht der Kommission zeigt eindrücklich, dass eine Streichung nicht nur  
21 wichtig für die körperliche Selbstbestimmung von Schwangeren ist, sondern sogar  
22 auch rechtlich geboten ist. Denn die bestehende Regelung ist  
23 verfassungsrechtlich, völkerrechtlich sowie europarechtlich falsch. Sie führt zu  
24 einer Stigmatisierung von Schwangeren und Ärzt\*innen und verschlechtert durch  
25 den so entstehenden Druck auf die Ärzt\*innen die Versorgungslage für Betroffene.  
26 Als legale Behandlung können Schwangerschaftsabbrüche endlich in den Lehrplan  
27 der Gynäkolog\*innen-Ausbildung einbezogen werden. Auch würde damit die  
28 Möglichkeit geschaffen, den Abbruch und damit zusammenhängende Behandlungskosten  
29 über die Krankenkassen abzurechnen. Gleichzeitig ist es wichtig, die  
30 rückständige Beratungspflicht für Schwangere abzuschaffen und stattdessen einen  
31 Rechtsanspruch auf eine neutrale Beratung einzuführen. Hier sehen wir GRÜNE den  
32 Staat in der Pflicht und wollen gesetzlich verankern, dass ein solches

33 Beratungsangebot gesetzlich verankert wird.

34 Frauenrechte sind ein Gradmesser für jede Demokratie. Gerade jetzt, wo  
35 Schwangerschaftsabbrüche von Rechtsextremen infrage gestellt werden, gerade  
36 jetzt, wo die Expert\*innen einer Meinung sind, ist es ein wichtiges Zeichen für  
37 Demokratie und Frauenrechte, wenn Frauen endlich frei und selbst über ihre  
38 Körper entscheiden können.

39 Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wünscht sich eine Entkriminalisierung  
40 des Schwangerschaftsabbruchs. Eine aktuelle repräsentative Studie des BMFSFJ  
41 zeigt, dass 80 Prozent der Deutschen es für falsch halten, dass ein  
42 Schwangerschaftsabbruch nach erfolgter Beratung rechtswidrig ist. Frauen aus der  
43 ehemaligen DDR wünschen sich endlich die reproduktiven Rechte zurück, die sie  
44 bereits hatten. Und Frankreich zeigt, wie es gehen kann: Dort wurde das Recht  
45 auf den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in der Verfassung  
46 verankert. Auch in Deutschland ist eine alte Forderung der Frauenbewegung und  
47 längst überfällig, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen zu  
48 legalisieren und für Schwangerschaftsabbrüche in der mittleren und späten Phase  
49 der Schwangerschaft eine angemessene Regelung zu finden. Wir haben auf  
50 Bundesebene die historische Chance, diese überfällige Reform mit der SPD und der  
51 FDP umzusetzen. Die grüne Bundestagsfraktion hat Anfang September den ersten  
52 Schritt gemacht und die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in  
53 dieser Legislaturperiode beschlossen. Unsere Koalitionspartner\*innen im Bund  
54 müssen jetzt den Kommissionsbericht ernst nehmen und die Entkriminalisierung  
55 zeitnah mit uns auf den Weg bringen. Wir GRÜNE Bayern appellieren an FDP-  
56 Bundesjustizminister Buschmann, zeitnah einen entsprechenden Gesetzesentwurf  
57 vorzulegen.

58 Denn wer es mit dem Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung, mit  
59 der liberalen Gesellschaft und Freiheit ernst meint, hat mit dem  
60 Kommissionsbericht jetzt eine gute Grundlage, um endlich zu handeln!

### **Begründung**

erfolgt mündlich

### **Unterstützer\*innen**

Katharina Wittig (KV München), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Doris Wagner (KV München), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Britta Jacob (KV Dachau), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Helga Stieglmeier (KV Erding), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Robert

Blasius (KV Unterallgäu), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Ramona Rümelin (KV Freising), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck), Julia Probst (KV Neu-Ulm), Gabriele Masch (KV München), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Eveline Kuhnert (KV Günzburg), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Viola Grießhammer (KV Ansbach), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Anja Callam (KV München), Elli Wolf (KV Amberg-Weizsach), Sarah Onken (KV Ebersberg), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land), Melanie Hippke (KV Augsburg-Stadt), Barbara Poneleit (KV Forchheim), Gabriele Triebel (KV Landsberg-Lech), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen), Gabriele Graswald-Vidovic (KV München), Arian Kunze (KV Ebersberg), Peter Weis (KV Miltenberg), Olivia Kreyling (KV Kelheim), Susann Freiburg (KV Lichtenfels), Christina Stierner (KV München), Mia Peters (KV München), Nadine Reers-Kleinhenz (KV Nürnberg-Land), Claudia Hammerbacher (KV Nürnberg-Stadt), Esther Großmann (KV Nürnberg-Stadt), Zaim Sari (KV München)